



Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim

Nr. 03

Rosenheim, 28.01.2022

168. Jahrg.

INHALTSÜBERSICHT

Verfassung und Allgemeine Verwaltung

Vollzug der Baugesetze; Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage; Fl.Nr. 465; Bad Aibling	14
Vollzug der Baugesetze; Anbau eines Wintergartens; Fl.Nr. 860/13; Bad Aibling	15
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu Wohnungen (Haus 1); Fl.Nr. 4334; Bruckmühl	16
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu Wohnungen (Haus 2); Fl.Nr. 4334; Bruckmühl	17
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu Wohnungen (Haus 3); Fl.Nr. 4334; Bruckmühl	18

Bauen, Planen, Gewässer, Wohnen

Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der neuen Wasserbezugsordnung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Gruppe Jarezöd.....	19
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Finanzwesen

Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2022 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden	20
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushaltsatzung 2022 des Mittelschulverbandes Edling	22
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2022 des Mittelschulverbandes Prien a. Chiemsee	24

Bekanntmachung der Gemeinden und Zweckverbände und sonstiger Behörden

Bekanntmachung der Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)	26
Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern über die Auslegung des Entwurfs zur 15. Teilfortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern, Kapitel B II: Siedlungswesen	27
Bekanntmachung der Neufassung der Entschädigungssatzung des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)	28

Sonstiges

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg 29

Dieser Ausgabe liegt als Anlage bei:

Anlage 1

Inhaltsverzeichnis der Amtsblatt-Jahresausgabe 2021

Anlage 2 zum

Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-;

Bekanntmachung der neuen Wasserbezugsordnung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Gruppe Jarezöd

Herausgeber und Druck:	Landratsamt Rosenheim, Wittelsbacherstraße 53, 83022 Rosenheim, Tel. 08031 392-1025, E-Mail: amtsblatt@lra-rosenheim.de ; www.landkreis-rosenheim.de/aktuelles/#tab-amtsblatt ; Das Amtsblatt erscheint i. d. R. am letzten Freitag im Monat; Sonderausgaben sind möglich.
-------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

NACHRUF

Wir nehmen Abschied von unserem ehemaligen Kollegen und Schulleiter

**Dr. Klaus Orel,
Oberstudiendirektor a. D.**

Ab August 1987 prägte Herr Dr. Orel als Wirtschaftspädagoge mit Leidenschaft das Geschehen an der Wirtschaftsschule Alpenland des Landkreises Rosenheim. Gleichzeitig füllte er das Amt des stellvertretenden Schulleiters mit seinem menschlich sympathischen Wesen und seinem intensiven Arbeitseinsatz aus.

Als Schulleiter lenkte er von November 1996 bis zu seinem Ruhestand im Mai 2003 mit Weitsicht und Führungsstärke unsere Wirtschaftsschule Alpenland in das 21. Jahrhundert. Seine innovative Kraft wirkt bis heute nach.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.
Seinen Angehörigen gilt unser Mitgefühl.

Für die Wirtschaftsschule Alpenland

Randolf John
Schulleiter

Für den Landkreis Rosenheim

Otto Lederer
Landrat

Für den örtlichen Personalrat

Martin Wolf
Personalratsvorsitzender

Für den Gesamtpersonalrat

Luise Bauer
Personalratsvorsitzende

VERFASSUNG UND ALLGEMEINE VERWALTUNG

Vollzug der Baugesetze;

Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage; Fl.Nr. 465; Gemarkung Bad Aibling

Antragsteller: Anthony Kenneth und Alfred Lipp, Mitterfeldstr. 46, 83043 Bad Aibling
Vorhaben: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage
Bauort: Bad Aibling, Geschwister-Scholl-Str. 465
Lage: Gemarkung Bad Aibling, Flurstück 465

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 55, 83022 Rosenheim, Bauabteilung, Zimmer 04.210, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 13.01.2022

gez.

Zierer

**Vollzug der Baugesetze;
Anbau eines Wintergartens; Fl.Nr. 860/13; Bad Aibling**

Antragsteller: Murat Harmanda, Ludwig-Thoma-Str. 16, 83043 Bad Aibling
Vorhaben: Anbau eines Wintergartens
Bauort: Bad Aibling, Ludwig-Thoma-Str. 16
Lage: Gemarkung Bad Aibling, Flurstück 860/13

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 55, 83022 Rosenheim, Bauabteilung, Zimmer 04.210, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 14.01.2022

gez.

Zierer

**Vollzug der Baugesetze;
Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu Wohnungen (Haus 1);
Fl.Nr. 4334; Bruckmühl**

Antragsteller: WEG Paul-Egleder-Weg, c/o Hausverwaltung Rolf Stanke,
Kornblumenweg 24, 83052 Bruckmühl
Vorhaben: Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu
Wohnungen (Haus 1)
Bauort: Bruckmühl, Paul-Egleder-Weg 14
Lage: Gemarkung Bruckmühl, Flurstück 4334

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 55, 83022 Rosenheim, Bauabteilung, Zimmer 04.205, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 19.01.2022

gez.

Zallinger
Regierungsdirektor

**Vollzug der Baugesetze;
Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu Wohnungen (Haus 2);
Fl.Nr. 4334; Bruckmühl**

Antragsteller: WEG Paul-Egleder-Weg, c/o Hausverwaltung Rolf Stanke,
Kornblumenweg 24, 83052 Bruckmühl
Vorhaben: Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu
Wohnungen (Haus 2)
Bauort: Bruckmühl, Paul-Egleder-Weg 14
Lage: Gemarkung Bruckmühl, Flurstück 4334

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 55, 83022 Rosenheim, Bauabteilung, Zimmer 04.205, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 19.01.2022

gez.

Zallinger
Regierungsdirektor

**Vollzug der Baugesetze;
Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu Wohnungen (Haus 3);
Fl.Nr. 4334; Bruckmühl**

Antragsteller: WEG Paul-Egleder-Weg, c/o Hausverwaltung Rolf Stanke,
Kornblumenweg 24, 83052 Bruckmühl
Vorhaben: Nutzungsänderung eines Pflegeheimes zu Wohnungen sowie betreutes Wohnen zu
Wohnungen (Haus 3)
Bauort: Bruckmühl, Paul-Egleder-Weg 14
Lage: Gemarkung Bruckmühl, Flurstück 4334

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 55, 83022 Rosenheim, Bauabteilung, Zimmer 04.205, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 19.01.2022

gez.

Zallinger
Regierungsdirektor

BAUEN, PLANEN, GEWÄSSER, WOHNEN

Vollzug des § 67 des Wasserverbandsgesetzes -WVG- in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1991 (BGBl I S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Mai 2002 (BGBl I S. 1578), in Verbindung mit Art. 4 des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Wasserverbandsgesetzes -BayAGWVG- (BayRS 753-5-UG)

hier: Bekanntmachung der neuen Wasserbezugsordnung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Gruppe Jarezöd

Bekanntmachung

Der Wasserbeschaffungsverband Gruppe Jarezöd hat in der Verbandsversammlung vom 12.08.2021 gem. § 58 WVG eine Änderung der Wasserbezugsordnung beschlossen.

Die Wasserbezugsordnung ist ein Bestandteil der Verbandssatzung.

Die neue Wasserbezugsordnung wurde in der Fassung der Ausfertigung vom 12.08.2021 gemäß

§§ 58 Abs. 2 Satz 1 und 72 Abs. 1 Satz 1 WVG in Verbindung mit Art. 2 BayAGWVG am 10.01.2022 durch das Landratsamt Rosenheim als örtlich und sachlich zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt und tritt rückwirkend zum 01.01.2022 in Kraft.

Ein rückwirkendes Inkrafttreten einer Satzung bzw. einzelner Satzungsbestimmungen ist nach allgemeiner Maßgabe des Bundesverfassungsgerichtes unter anderem dann zulässig, wenn die Betroffenen mit der rückwirkenden Regelung rechnen mussten und sie damit kein schutzwürdiges Vertrauen in den Bestand der Satzung entwickeln konnten (Reinhardt/Ha-sche/Hentschel, Kommentar zum Wasserverbandsgesetz, 2., neubearbeitete Auflage 2021, Randnummer 6 zu § 58).

Nachdem die Änderung der Wasserbezugsordnung bereits in der Jahreshauptversammlung am 12.08.2021 von der Verbandsversammlung beschlossen wurde, mussten die Verbandsmitglieder mit der Änderung rechnen.

Die neue Wasserbezugsordnung wird als Anlage zu diesem Amtsblatt bekannt gemacht.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 10.01.2022

gez.

Zallinger
Regierungsdirektor

(EAPI 644)

FINANZWESSEN

Vollzug des KommZG und der GO;

Haushalt 2022 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden

I.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden hat in der Sitzung vom 03.12.2021 den Haushalt des Jahres 2022 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird zur Erlangung der Rechtswirksamkeit nachstehend bekannt gemacht:

Haushaltssatzung

des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden für das Haushaltsjahr 2022.

Auf Grund § 19 der Verbandssatzung und Art. 34 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 40 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird

im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben auf je	2.198.500 €
im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben auf je	811.900 €
festgesetzt.	3.010.400 €

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 0,00 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Verbandsumlage wird entsprechend der vorläufigen Umlagenberechnung nach § 18 der Verbandssatzung wie folgt festgesetzt:

1) Schuldendienstumlage (Anlage 1)

Schuldendienstumlage gesamt	44.000 €
Einwohnerwerte gesamt	44.300 EW
Kosten/Einwohnerwert (EW)	1,09 €

2) Betriebskostenumlage (Anlage 2)

Betriebskostenumlage gesamt:	1.648.900 €		
48% überwiegend fixe Kosten (Bemessung nach EW)	791.472 €	EW ges. 40.300	19,64 €/EW
14% überwiegend mengenabhängige Kosten (Bemessung nach Frischwassermaßstab + 100 % Zuschlag für Mischsystem)	230.846 €	m³ ges. 2.630.435	0,09 €/m³
38% überwiegend verschmutzungsabhängige Kosten (Bemessung nach Frischwasser)	626.582 €	m³ ges. 1.543.461	0,41 €/m³

3) Investitionsumlage

Eine Investitionsumlage wird nicht erhoben. Der ungedeckte Bedarf des Vermögenshaushalts wird durch Kreditaufnahmen gedeckt.

4) Fälligkeit

Die Verbandsumlage wird mit ¼ ihres Jahresbetrags am 10. jeden 3. Quartalsmonats fällig.

Die Umlagenüberschüsse aus dem Jahr 2021 wurden im Verwaltungshaushalt 2022 als Zuführungen veranschlagt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 100.000 € festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.

Abwasserzweckverband Simssee
Stephanskirchen, den 14.12.2021

gez.

Mair
Verbandsvorsitzender

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes (Gemeinde Stephanskirchen, Rathausplatz 1, 83071 Stephanskirchen) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 27.12.2021

gez.

Markov
Regierungsrätin

**Vollzug des BaySchFG und der GO;
Haushalt 2022 des Mittelschulverbandes Edling**

I.

Die Schulverbandsversammlung des Mittelschulverbandes Edling hat in der Sitzung vom 01.12.2021 den Haushalt des Jahres 2022 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird zur Erlangung der Rechtswirksamkeit nachstehend bekannt gemacht:

Mittelschulverband Edling
(Landkreis Rosenheim)

H a u s h a l t s s a t z u n g

des Mittelschulverbandes Edling, geschäftsführende Gemeinde
Gemeinde Edling
für das Haushaltsjahr **2 0 2 2**

Auf Grund der Art. 3, 8 und 9 des Bayer. Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG), Art. 41 ff des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt die Schulverbandsversammlung folgende Haushaltssatzung.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2 0 2 2 wird

im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben
auf je **919.000,00 €**

und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben
auf je **50.600,00 €**

festgesetzt.

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt werden nicht aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

- a) Die Höhe des durch die sonstigen Einnahmen im Verwaltungshaushalt nicht gedeckten Bedarfs, der nach den einschlägigen Bestimmungen auf die Mitglieder des Schulverbandes umgelegt werden soll (Verwaltungsumlage)

wird für die Grundschule auf **377.300,00 €**
und für die Mittelschule auf **427.300,00 €**
festgesetzt (Umlagesoll).

- b) Die Höhe des durch die sonstigen Einnahmen im Vermögenshaushalt nicht gedeckten Bedarfs, der nach den einschlägigen Bestimmungen auf die Mitglieder des Schulverbandes umgelegt werden soll (Investitionsumlage)

wird für die Grundschule auf **0,00 €**
und für die Mittelschule auf **0,00 €**
festgesetzt.

- c) Für die Bemessung der Umlage wird die Schülerzahl (nach dem Stand vom **01.10.2021**) herangezogen (Bemessungsgrundlagen).

- d) Die Verbandsschule wurde am **01.10.2021** von insgesamt **177** Grundschulern, die per Vertrag auf die Gemeinden umgelegt werden, sowie **180** Mittelschülern (ohne Gastschüler) besucht.
Für die Bemessung der Schulverbandsumlage nach der Schülerzahl beträgt der Betrag je Schüler

im Verwaltungshaushalt (Grundschule)..... **2.131,64 €**
im Verwaltungshaushalt (Mittelschule)..... **2.373,89 €**

im Vermögenshaushalt (Grundschule)..... **0,00 €**
im Vermögenshaushalt (Mittelschule)..... **0,00 €**

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden nicht beansprucht.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem **01. Januar 2022** in Kraft.

Edling, den 08.12.2021
Schulverband Edling

gez.

Matthias Schnetzer
Vorsitzender des Schulverbandes
und 1. Bürgermeister

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Mittelschulverbandes (Gemeinde Edling, Rathausplatz 2, 83533 Edling) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 23.12.2021

gez.

Markov
Regierungsrätin

**Vollzug des BaySchFG und der GO;
Haushalt 2022 des Mittelschulverbandes Prien a. Chiemsee**

I.

Die Schulverbandsversammlung des Mittelschulverbandes Prien a. Chiemsee hat in der Sitzung vom 07.12.2021 den Haushalt des Jahres 2022 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird zur Erlangung der Rechtswirksamkeit nachstehend bekannt gemacht:

Haushaltssatzung

des Mittelschulverbandes Prien a. Chiemsee
für das

Haushaltsjahr 2022

Aufgrund des Art. 9 des Schulfinanzierungsgesetzes und der Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt der Mittelschulverband Prien a. Chiemsee folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushalt für das Haushaltsjahr 2022 wird im Verwaltungshaushalt

in Einnahmen und Ausgaben auf 1.662.500,00 €

und im Vermögenshaushalt

in Einnahmen und Ausgaben auf 778.200,00 €

festgesetzt.

§ 2

Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Schulbedarf beträgt nach dem Haushaltsplan

für den Sachaufwand Allgemein	858.800,00 €
für die Schülerbeförderung	131.000,00 €
für Investitionen und Schulddienst	471.300,00 €

Die Schulverbandsumlage beträgt demnach

für den Sachaufwand Allgemein	<u>858.800,00 €</u>
	389 = 2.207,7121 € / Schüler

für die Schülerbeförderung	<u>131.000,00 €</u>
(Schüler mit Beförderungsanspruch)	309 = 423,9482 € / Schüler

für Investitionen und Schulddienst	<u>471.300,00 €</u>
	389 = 1.211,5681 € / Schüler

§ 3

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 4

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 230.000 € festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2022 in Kraft.

Prien a. Chiemsee, 10.01.2022
Mittelschulverband Prien a. Chiemsee

gez.

Friedrich
Verbandsvorsitzender

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Mittelschulverbandes (Markt Prien a. Chiemsee, Rathausplatz 1, 83209 Prien a. Chiemsee) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 26.01.2022

gez.

Markov
Regierungsrätin

BEKANNTMACHUNG DER GEMEINDEN UND ZWECKVERBÄNDE UND SONSTIGER BEHÖRDEN

Bekanntmachung der Feststellung des Jahresabschlusses 2020, des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)

Aufgrund des § 25 Eigenbetriebsverordnung gibt der Zweckverband Abfallverwertung Südostbayern gemäß § 35 (2) der Verbandssatzung die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 bekannt.

Die Verbandsversammlung des ZAS hat am 30. November 2021

den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme von
und einem Jahresverlust von
festgestellt.

161.571.371,90 EUR
7.643.384,29 EUR

Der Jahresabschluss wurde durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geprüft.
Dieser erteilt den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers:

An den Zweckverband Abfallverwertung Südostbayern

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern, Burgkirchen - bestehend aus Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbands für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse bestätigen wir nach § 7 Abs. 4 Nr. 2 und 3 KommPrV:

Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften und der Verbandssatzung. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. ...“

Gleichzeitig mit der Feststellung wurde beschlossen, den Jahresverlust aus 2020 mit 7.643.384,29 EUR über die allgemeine Rücklage auszugleichen.

Der Jahresabschluss 2020 wird zusammen mit dem Lagebericht in der Geschäftsstelle des ZAS, Bruck 110, Burgkirchen in der Zeit vom 21.03.2022 bis 28.03.2022 öffentlich (7 Tage) zur Einsichtnahme ausgelegt.

Burgkirchen, 01. Dezember 2021

gez.

Erwin Schneider
Landrat, Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern
über die Auslegung des Entwurfs zur 15. Teilfortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern,
„Kapitel B II: Siedlungswesen“**

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbands Südostoberbayern hat in seiner Sitzung am 10.11.2021 die Einleitung des Beteiligungsverfahrens zur 15. Teilfortschreibung „Kapitel B II: Siedlungswesen“ beschlossen.

Gemäß Art. 16 Absatz 1 BayLplG sind zu beteiligen:

- die öffentlichen Stellen und in Art. 3 Abs. 1 Satz 2 genannten Personen des Privatrechts, für die eine Beachtungspflicht begründet werden soll,
- die in Art. 15 Abs. 3 genannten Behörden,
- die nach Naturschutzrecht im Freistaat Bayern anerkannten Vereine, soweit sie in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt sind,
- die betroffenen Wirtschafts- (mit Land- und Forstwirtschafts-) und Sozialverbände und
- die Öffentlichkeit

Zu diesem Zweck liegt der Entwurf der 15. Fortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern vom **31.01.2022 bis 11.03.2022** während der für den Parteiverkehr festgelegten Zeiten zur Einsicht für jedermann bei der Regierung von Oberbayern, Zimmer 5317, Maximilianstraße 39, 80538 München, sowie bei allen Landratsämtern der Region und der Stadt Rosenheim öffentlich aus.

Gleichzeitig sind die Verfahrensunterlagen in das Internet unter www.region-suedostoberbayern.bayern.de > Regionalplan > Fortschreibungen > 15. Fortschreibung eingestellt:

<http://www.region-suedostoberbayern.bayern.de/regionalplan/fortschreibungen/15-fortschreibung/>

Bis zum Ablauf der Anhörungsfrist am **11.03.2022** besteht Gelegenheit, sich schriftlich oder elektronisch zu den im Rahmen der Teilfortschreibung vorgesehenen Änderungen gegenüber dem Regionalen Planungsverband Südostoberbayern, Bahnhofstraße 38, 84503 Altötting, E-Mail: region18@lra-aoe.de zu äußern.

Die in diesem Beteiligungsverfahren angegebenen personenbezogenen Daten werden entsprechend der Datenschutzerklärung des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern verarbeitet.

Rechtsansprüche werden gemäß Art. 16 Absatz 1 Satz 3 BayLplG durch die Beteiligung nicht begründet.

Regionaler Planungsverband Südostoberbayern
Altötting, 19.01.2022

gez.

Erwin Schneider
Landrat und Verbandsvorsitzender

Die Auslegung findet während der Öffnungszeiten im Zeitraum von 31.01.2022 bis 11.03.2022 im Landratsamt Rosenheim, Zimmer 04.316 (3. Stock), Wittelsbacherstr. 55, 83022 Rosenheim, statt.

Wichtige Hinweise zum Gesundheitsschutz:

- Um vorherige Terminreservierung unter Tel. 08031 392-3001 wird dringend gebeten.
- Der Zutritt zum Landratsamt ist derzeit nur für geimpfte, genesene oder getestete Personen (3G) möglich. Wir bitten darum einen entsprechenden Nachweis bereitzuhalten.

**Bekanntmachung der Neufassung der Entschädigungssatzung
des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)**

Auf Grund § 35 Abs. 1 der Verbandssatzung weist der Zweckverband Abfallverwertung Südostbayern auf die amtliche Bekanntmachung der Neufassung der Entschädigungssatzung des ZAS vom 11. Dezember 2020 im Oberbayerischen Amtsblatt Nr. 31 vom 27. Dezember 2021 der Regierung von Oberbayern hin.

Burgkirchen, 11. Januar 2022

gez.

Moser
Werkleiter

SONSTIGES

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn

Aufgebot für Sparurkunden gemäß § 25 SpkO, Art. 34 - 42 AGBGB.
Nachstehende Sparurkunde wurde zu Verlust gemeldet und wird öffentlich aufgeboden:

Sparurkunden Nr.: 3162699718
ausgestellt auf: Maria Bühn
Antragsteller des
Aufgebotsverfahrens: Josef Bühn

An den Inhaber der Urkunde ergeht die Aufforderung, binnen drei Monaten ab heute seine Rechte unter Vorlage der Urkunde bei der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn anzumelden, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Wasserburg am Inn, den 28.01.2022

KREIS- UND STADTSPARKASSE WASSERBURG AM INN

Inhaltsverzeichnis

AMTSBLATT

für den

LANDKREIS ROSENHEIM

JAHRGANG 2021

(167.)

UMFANG

47 Nummern mit 355 Seiten

INHALTSVERZEICHNIS

Betreff

Seite

Verfassung und Allgemeine Verwaltung

Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021; Bekanntmachung der Kreiswahlleiterin für den Wahlkreis 222 Rosenheim Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen gemäß § 32 Bundeswahlordnung (BWO)	11
Vollzug der Baugesetze; Anbau eines Aufzuges an das bestehende Gebäude; Fl. Nr. 411; Karpfenweg 14; Edling, Gemarkung Edling	15
Vollzug der Baugesetze; Neubau eines Lebensmittelmarktes mit 2 Büros, 9 Wohnungen und einer Tiefgarage; Fl. Nr. 127, 124, 126 Gemarkung Riedering	16
Vollzug der Baugesetze; Teichbau Ludwigsbad; Fl. Nr. 185 Gemarkung Bad Aibling	40
Vollzug der Baugesetze; Errichtung einer Versuchsfläche, Flurstück 2697, Gemarkung Kolbermoor	73
Vollzug der Baugesetze; Neubau eines Lehr-, Natur- und Vereinsgartens mit Geräte- und Arbeitshütte sowie Teileinzäunung, Fl. Nr. 3370 Gemarkung Stephanskirchen	74
Vollzug der Baugesetze; 2. Tektur für Umbau, energetische Sanierung und Erweiterung Pflegeheim Haus Wittelsbach mit 118 statt 119 Plätzen und 36 statt 26 Betreuten Wohnungen: Treppenhaus M bleibt bestehen; Fl. Nr. 1822/1 Gemarkung Bad Aibling	75
Vollzug der Baugesetze; Umnutzung und Erweiterung eines best. Klinikgebäudes samt Außenanlagen im Zuge von Maßnahmen zur brandschutztechnischen Ertüchtigung, Fl. Nr. 47, 47/6, 53 Gemarkung Bad Feilnbach	133
Vollzug der Baugesetze; Einbau von Trennwänden im OG für div. Gewerbeflächen des Betriebsgebäudes, Fl. Nr. 450/22 Gemarkung Au bei Bad Aibling	134
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung und Umbauten im best. Untergeschoss sowie Herstellung eines neuen Lichthofes, Fl. Nr. 1978 Gemarkung Bad Aibling	135
Vollzug der Baugesetze; Anbau einer Fluchttreppe und Nutzungsänderung der Wohnung 1 zu Kinderhort, Fl. Nr. 602/6 Gemarkung Degerndorf	136
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung von Café-Geschäft in eine Physiotherapie-Praxis mit Umbau von nichttragenden Zwischenwänden, Fl. Nr. 209 Gemarkung Bad Aibling	137
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung: Umbau einer Fußpflegepraxis im EG in ein Apartment sowie Umbau eines Dachspeichers in eine Wohnung; Fl. Nr. 296/12 Gemarkung Prien a. Chiemsee	138

Betreff	Seite
Vollzug der Baugesetze; Neubau von 2 Mehrfamilienhäusern (11 + 7) mit TG (19 STP) und 17 Stellplätzen, Flurstücke 1372/31, 1372/33, 1372/34 Gemarkung Kolbermoor	178
Vollzug der Baugesetze; Neubau eines Doppelhauses mit Kellergeschoss, Fl. Nr. 270/7 Gemarkung Oberaudorf	179
Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021; Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen gemäß § 32 Bundeswahlordnung (BWO) Ergänzung	197
Einwohnerzahlen der Gemeinden des Landkreises Rosenheim zum Stand 31. Dezember 2020	198
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung einer Erdgeschosswohnung zur Kindertagespflege mit max. 10 Kindern, Fl. Nr. 1792 Gemarkung Bad Aibling	200
Vollzug der Baugesetze; Neuerrichtung eines Bürogebäudes (4. Tektur), Fl. Nr. 541/195 541/302 Gemarkung Kleinholzhausen	201
Vollzug der Baugesetze; Errichtung Gebäude C 1 (EG: Kita, 1. - 4. OG Wohnen) mit TG; Fl. Nrn. 193/45, 216, 216/9, 218/4 Gemarkung Kolbermoor	209
Vollzug der Baugesetze; Errichtung eines Stahlgittermastes mit Versorgungseinheit auf Betonfundament; Fl. Nr. 246 Gemarkung Rimsting	210
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung der Verwaltungsgebäude in Tagesklinik, Therapiebereiche und Verwaltung; Fl. Nr. 297/9, 297 Gemarkung Prien a. Chiemsee	211
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung einer Wohnung in eine Ferienwohnung; Fl. Nr. 757 Gemarkung Prien a. Chiemsee	212
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung des best. Getränkemarktes zu einem Haushaltswarengeschäft; Flurstück 2684 Gemarkung Pang	213
Wahl zum 20. Deutschen Bundestag; Bekanntmachung der zugelassenen Kreiswahlvorschläge im Wahlkreis 222 Rosenheim für die Bundestagswahl am 26. September 2021	234
Vollzug der Baugesetze; Neubau einer Lagerhalle mit Garage; Fl. Nr. 43/1 Gemarkung Kiefersfelden	245
Vollzug der Baugesetze; Abbruch des best. Einfamilienhauses mit Neubau einer Doppelhaushälfte (Haus A) mit Garage; Fl. Nr. 147/2, 77 Gemarkung Großholzhausen	246
Vollzug der Baugesetze; Abbruch des best. Einfamilienhauses mit Neubau einer Doppelhaushälfte (Haus B) mit Garage; Fl. Nr. 147/2, 77 Gemarkung Großholzhausen	247
Vollzug der Baugesetze; Errichtung von 9 Appartements und 6 WE mit Erneuerung von Balkonen im Bestandsgebäude, Flurstück 332, Gemarkung Wasserburg a. Inn	253
Einwohnerzahlen der Gemeinden des Landkreises Rosenheim zum Stand 30. Juni 2021	273
Vollzug der Baugesetze; Errichtung einer Terrassenüberdachung, Fl. Nr. 383/24 Gemarkung Kiefersfelden	275
Sturmwarndienst Simssee	276

Betreff	Seite
Haushaltssatzung 2021 des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Rosenheim	277
Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses zur Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis 222 Wahlkreis Rosenheim	278
Vollzug der Baugesetze; Anbau eines Balkons an das best. Wohnhaus; Fl. Nr. 809/12, Gemarkung Prien a. Chiemsee	313
Vollzug der Baugesetze; Nutzungsänderung einer Wohnung in eine Ferienwohnung; Fl. Nr. 737/28, Gemarkung Prien a. Chiemsee	314
Vollzug der Baugesetze; Neubau eines Stahlbetonantennenträgers; Fl. Nr.541/197, Gemarkung Kleinholzhausen	315

Rechtspflege, Personenstandswesen, öffentliche Sicherheit und Ordnung

Vollzug des Bayerischen Versammlungsgesetzes (BayVersG) und der 15. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV); Allgemeinverfügung zur Anordnung von Beschränkungen für eine am 03.01.2022 in Wasserburg a.Inn geplante, nicht angemeldete öffentliche Versammlung ohne Veranstalter/Versammlungsleiter in Gestalt eines „Laternenspazierganges“ gegen die Corona-Regelungen und/oder Corona-Schutzimpfungen aufgrund anonymer Aufrufe in den sozialen Medien	352
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Gesundheitswesen, Veterinärwesen, gesundheitlicher Verbraucherschutz

Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim - Besuchsregelung für Krankenhäuser	2
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim - Besuchsregelung für Krankenhäuser	6
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim - Anordnung eines Verbots des Konsums von Alkohol auf bestimmten öffentlichen Plätzen	18
Vollzug tierseuchenrechtlicher Maßnahmen zum Schutz vor der Geflügelpest; Allgemeinverfügung zur Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen in einem festgelegten Gebiet zu präventiven Zwecken	30
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim – Besuchsregelung für Krankenhäuser – Anordnung eines Verbots des Konsums von Alkohol auf bestimmten öffentlichen Plätzen	34
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung der Überschreitung des Inzidenzwertes von 100 Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100.000 Einwohner innerhalb von 7 Tagen	38
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes; Bekanntmachung der Überschreitung des Inzidenzwertes von 100 Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100.000 Einwohner innerhalb von 7 Tagen	49
Vollzug tierseuchenrechtlicher Maßnahmen zum Schutz vor der Geflügelpest; Allgemeinverfügung zur Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen in einem festgelegten Gebiet zu präventiven Zwecken	54
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Wöchentliche Bekanntmachung der Zahl an Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen.	57

Betreff	Seite
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Wöchentliche Bekanntmachung der Zahl an Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen.	60
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim- Anordnung einer Maskenpflicht auf bestimmten öffentlichen Plätzen	61
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung der Überschreitung von 100 Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen im Kreisgebiet.....	68
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügungen zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim – Besuchsregelung für Krankenhäuser – Anordnung eines Verbots des Konsums von Alkohol auf bestimmten öffentlichen Plätzen	77
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Wöchentliche Bekanntmachung des 7-Tages-Inzidenzwertes von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern mit dem Coronavirus SARS-CoV-2	79
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Wöchentliche Bekanntmachung des 7-Tages-Inzidenzwertes von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern mit dem Coronavirus SARS-CoV-2	110
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Änderung des örtlichen Geltungsbereichs der Maskenpflicht auf öffentlichen Plätzen im Gemeindegebiet Prien a. Chiemsee	111
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des Unterschreitens der Inzidenz von 100 wöchentlichen Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 pro 100.000 Einwohner im Kreisgebiet an drei aufeinanderfolgenden Tagen.....	116
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Wöchentliche Bekanntmachung des 7-Tages-Inzidenzwertes von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern mit dem Coronavirus SARS-CoV-2	120
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes; Bekanntmachung des Überschreitens der Inzidenz von 100 wöchentlichen Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 pro 100.000 Einwohner im Kreisgebiet	122
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Wöchentliche Bekanntmachung des 7-Tages-Inzidenzwertes von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern mit dem Coronavirus SARS-CoV-2	126
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügungen zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim – Besuchsregelung für Krankenhäuser – Anordnung eines Verbots des Konsums von Alkohol auf bestimmten öffentlichen Plätzen – Anordnung einer Maskenpflicht auf bestimmten öffentlichen Plätzen.....	127
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Wöchentliche Bekanntmachung des 7-Tages-Inzidenzwertes von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern mit dem Coronavirus SARS-CoV-2	130
Vollzug tierseuchenrechtlicher Maßnahmen zum Schutz vor der Geflügelpest; Aufhebung der Allgemeinverfügung zur Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen in einem festgelegten Gebiet zu präventiven Zwecken	139
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes; Verlängerung der Allgemeinverfügungen zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim – Besuchsregelung für Krankenhäuser – Anordnung eines Verbots des Konsums von Alkohol auf bestimmten öffentlichen Plätzen –	152
Vollzug des Tierseuchenrechts; Anordnung eines Impfverbots gegen die Infektion mit Boviner Virus Diarrhoe nach der Verordnung (EU) 2016/429 und der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689	158

Betreff	Seite
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des Unterschreitens der Inzidenz von 100 wöchentlichen Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 pro 100.000 Einwohner im Kreisgebiet	162
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Lockerungen der Beschränkungen der 12. BayIfSMV aufgrund des stabilen Unterschreitens der 7-Tage-Inzidenz von 100 im Kreisgebiet.....	166
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Lockerungen der Beschränkungen der 12. BayIfSMV aufgrund des stabilen Unterschreitens der 7-Tage-Inzidenz von 100 im Kreisgebiet.....	172
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des Unterschreitens der Inzidenz von 50 wöchentlichen Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 pro 100.000 Einwohner im Kreisgebiet	182
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Lockerungen der Beschränkungen der 12. BayIfSMV aufgrund des stabilen Unterschreitens der 7-Tage-Inzidenz von 50 im Kreisgebiet	184
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des Unterschreitens der Inzidenz von 35 wöchentlichen Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 pro 100.000 Einwohner im Kreisgebiet	190
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Rosenheim – Besuchsregelung für Krankenhäuser.....	191
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Aufhebung der Allgemeinverfügungen „Lockerungen der Beschränkungen der 12. BayIfSMV aufgrund des stabilen Unterschreitens der 7-Tage-Inzidenz von 50 im Kreisgebiet“ und „Besuchsregelung für Krankenhäuser“	194
Vollzug des Lebensmittelrechts; Ernennung von hinzugezogenen Tierärzten zu amtlichen Tierärzten für die Schlacht tieruntersuchung bei Notschlachtungen.....	202
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des Überschreitens des maßgeblichen Schwellenwertes von 25 bzw. 35 Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tage (7-Tage-Inzidenz) im Kreisgebiet	238
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des Überschreitens des maßgeblichen Schwellenwertes von 50 Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tage (7-Tage-Inzidenz) im Kreisgebiet	240
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur FFP2-Maskenpflicht sowie zur verpflichtenden Einführung von 2G für Clubs, Diskotheken, Bordellbetrieben und vergleichbare Freizeiteinrichtungen.....	282
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Festsetzung eines erweiterten Absonderungszeitraumes für Kontaktpersonen	294
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung bezüglich des Inkrafttretens neuer Infektionsschutzmaßnahmen.....	300
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Verschärfung der Zutrittsbeschränkungen zu Gastronomiebetrieben, Beherbergungsbetrieben, vollstationären Einrichtungen und 3G am Arbeitsplatz.....	302
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des maßgeblichen 7-Tage-Inzidenzwertes von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner mit dem Coronavirus SARS-CoV-2	308
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügung zur Festsetzung eines erweiterten Absonderungszeitraumes für Kontaktpersonen	309

Betreff	Seite
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Bekanntmachung des maßgeblichen 7-Tages-Inzidenzwertes von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner mit dem Coronavirus SARS-CoV-2	330
Vollzug tierseuchenrechtlicher Maßnahmen zum Schutz vor der Geflügelpest; Allgemeinverfügung zur Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen in einem festgelegten Gebiet zu präventiven Zwecken	332
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Verlängerung der Allgemeinverfügung zur Festsetzung eines erweiterten Absonderungszeitraumes für Kontaktpersonen	348

Bauen, Planen, Gewässer, Wohnen

Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Verlängerung der Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Rothbach", Gemeinde Riederling	17
Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Verlängerung der Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Aubach", Gemeinde Bad Feilnbach	76
Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Verlängerung der Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Kirch- und Thannbach", Gemeinde Brannenburg	204
Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim ermittelten Überschwemmungsgebietes an der Attel von Fluss-km 0,0 bis 15,8, auf dem Gebiet der Gemeinden Tuntenhausen, Pfaffing, Ramerberg, Edling und der Stadt Wasserburg a. Inn	254
Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim ermittelten Überschwemmungsgebietes am Wildbach Auerbach (Wildbachgefährdungsbereich) von Fluss-km 0,0 bis 2,80 sowie an den Zuflüssen Fischbach, Trisslbach, Hoheckgraben sowie am Röthenbach von Fluss-km 0,0 bis 2,78, auf dem Gebiet der Gemeinde Oberaudorf	257
Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Verlängerung der Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Steinbach", Gemeinde Nußdorf a. Inn.....	280
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der geänderten Tarifsatzung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Antersberg-Vogelried	281
Vollzug § 76 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- und Art. 47 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG-; Verlängerung der Bekanntmachung zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Jenbach, Osterbach und Feilnbach", Gemeinde Bad Feilnbach	316
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der geänderten Tarifsatzung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Westerham	317
Vollzug des Wasserverbandsgesetzes -WVG-; Bekanntmachung der geänderten Tarifsatzung als Teil der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Rettenbach-Oberndorf	340

Landwirtschaft, Forst, Jagd, Fischerei

Vollzug der Düngeverordnung; Allgemeinverfügung nach § 6 Abs. 10 Satz 1 Düngeverordnung	260
Vollzug der Jagdgesetze; Erlass einer Wildschutzgebietsverordnung für die Wildfütterungen Lechnerhochwies, Kusenstadel und Moos im Eigenjagdrevier Cramer-Klett, Gemeinde Aschau im Chiemgau	341

Wirtschaft, Arbeit, gewerblicher Verbraucherschutz, Verkehr, Energie

Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 4, 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Änderung der Anlage zur Herstellung verschiedener Katalysatoren durch Herstellung eines bismuthaltigen Katalysators in der Teilanlage 064 der Clariant Produkte (Deutschland) GmbH, Waldheimer Str. 15 in 83052 Bruckmühl	22
Vollzug des Gaststättengesetzes (GastG); Verlängerung der Erlöschungsfrist für Gaststättenerlaubnisse gem. § 8 Satz 2 i. V. m. § 2 Abs. 1 GastG	65
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über die Aufhebung der Verordnung vom 27.07.2016 über das Wasserschutzgebiet für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Aschau, Brunnen I und II Haindorf (Landkreis Rosenheim)	80
Vollzug der Wassergesetze; Allgemeinverfügung zum vorläufigen Schutz des Einzugsgebiets für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Aschau, Brunnen I und II Haindorf (Landkreis Rosenheim)	81
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 4, 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Zement durch Errichtung und Betrieb einer Anlage zum Einsatz von getrocknetem Klärschlamm zur thermischen Verwertung im Drehrohrofen des Zementwerk Rohrdorf	140
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Antrag der Firma Zosseder GmbH Wertstoff und Sondermüll, Spielberg 1, 83549 Eiselfing auf Errichtung und Betrieb einer Anlage zur physikalisch-chemischen Behandlung, insbesondere zum Destillieren, Trocknen oder Verdampfen, mit einer Durchsatzkapazität an Einsatzstoffen bei gefährlichen Abfällen von 10 Tonnen je Tag oder mehr am Standort auf dem Grundstück Fl. Nr. 782, Gemarkung und Gemeinde Griesstätt	142
Vollzug der Wassergesetze; Vorläufiger Schutz des Einzugsgebiets für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Aschau i. Ch., Brunnen I und II Haindorf (Landkreis Rosenheim)	154
Vollzug der Wassergesetze; Einschränkung des Gemeingebrauchs am Nasenbach, Gemeinde Sojen	155
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 4, 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zum Einsatz von Glasfaser als Hilfsstoff im Werk Weidach (Gemeinde Feldkirchen-Westerham) in der Papiermaschine der Neenah Gessner GmbH	180
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet im Gemeindegebiet Nußdorf a. Inn im Landkreis Rosenheim für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Nußdorf a. Inn (Brunnen Hofpoint-Guggenau) vom 09.07.2021	214
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Antrag der Firma Zosseder GmbH Wertstoff und Sondermüll, Spielberg 1, 83549 Eiselfing auf Errichtung und Betrieb einer Anlage zur physikalisch-chemischen Behandlung, insbesondere zum Destillieren, Trocknen oder Verdampfen, mit einer Durchsatzkapazität an Einsatzstoffen bei gefährlichen Abfällen von 10 Tonnen je Tag oder mehr am Standort auf dem Grundstück Fl. Nr. 782, Gemarkung und Gemeinde Griesstätt	225

VIII

Betreff	Seite
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über die Aufhebung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Edling (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Firma Meggle GmbH & Co. KG in Wasserburg vom 30.09.1983	261
Vollzug der Wassergesetze; Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über die Aufhebung der Verordnung vom 05.07.1985 über das Wasserschutzgebiet für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Nußdorf a. Inn, Brunnen I Hofpoint (Landkreis Rosenheim)	262
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Antrag des Südbayerischen Portland-Zementwerkes Gebr. Wiesböck & Co. GmbH auf wesentliche Änderung des in der Gemeinde Nußdorf am Inn, Ortsteil Überfilzen, betriebenen Steinbruchs.....	268
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 4, 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Zement durch Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Trocknung der eingesetzten Kunststoffe (EBS) zur thermischen Verwertung im Drehrohrofen des Zement- werks Rohrdorf	286
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 4, 16 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Änderung der Anlage zur Herstellung verschiedener Katalysatoren durch Lagerung von wassergefährden- den Stoffen im Gebäude 69 der Clariant Produkte (Deutschland) GmbH, Waldheimer Str.15 in 83052 Bruckmühl	288
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Antrag der Firma Zosseder GmbH Wertstoff und Sondermüll, Spielberg 1, 83549 Eiselfing auf Errichtung und Betrieb einer Anlage zur physikalisch-chemischen Behandlung, insbesondere zum Destillieren, Trocknen oder Verdampfen, mit einer Durchsatzkapazität an Einsatzstoffen bei gefährlichen Abfällen von 10 Tonnen je Tag oder mehr am Standort auf dem Grundstück Fl. Nr. 782, Gemarkung und Gemeinde Griesstätt	289
Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Rosenheim an Unternehmen des Privatrechts für das Jahr 2019 (Beteiligungsbericht 2019)	342
Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zum Einsatz von Porenbeton, geliefert durch die Firma Alz Kies und Recycling GmbH in Tacherting und den Feinanteil der RC-Mix Aufbereitung der Firma Ettengruber in Pliening im Rahmen eines Antrages auf wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Zement durch Änderung einer Anlage zur Herstellung von Zement durch den Einsatz von mineralischen Ersatzmaterialien im Zementwerk Rohrdorf (Fl. Nr. 2156, Gemarkung und Gemeinde Rohrdorf)	343
 <u>Finanzwesen</u>	
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2020 des Schulverbandes Babensham	24
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Grundschulverbandes Amerang	41
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2021 des Abwasserzweckverbandes Prien- und Achental	43
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Mittelschulverbandes Prien a. Chiemsee	95
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2021 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in den Simsseegemeinden	97
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Grundschulverbandes Feldkirchen-Westerham	99
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Mittelschulverbandes Feldkirchen-Westerham	101

Betreff	Seite
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Mittelschulverbandes Eiselfing	103
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Mittelschulverbandes Neubeuern – Rohrdorf – Samerberg	105
Haushaltssatzung des Landkreises Rosenheim für das Haushaltsjahr 2021	144
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Mittelschulverbandes Rott a. Inn	146
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Schulverbandes Babensham	148
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2021 des Abwasser- und Umweltverbandes Chiemsee	226
Vollzug des BaySchFG und der GO; Nachtragshaushalt 2021 des Mittelschulverbandes Prien a. Chiemsee.....	229
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Mittelschulverbandes Brannenburg	230
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2021 des Zweckverbandes zur Wasserversorgung Chiemseegruppe	248
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Mittelschulverbandes Bad Endorf.....	263
Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2021 des Schulverbandes Bad Endorf-Höslwang.....	265
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2021 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn	318
Vollzug des BaySchFG und der GO; 1. Nachtragshaushalt 2021 des Mittelschulverbandes Eiselfing	320
Vollzug des BaySchFG; Erlass der Satzung des Schulverbandes für die Mittelschule Rott a. Inn	322
Vollzug des BaySchFG; 1. Änderung der Satzung des Schulverbandes für die Mittelschule Rott a. Inn	325
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2021 des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Schonstetter Gruppe	326
Vollzug des KommZG und der GO; Haushalt 2021 des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Schonstetter Gruppe	344

Bekanntmachung der Gemeinden und Zweckverbände und sonstiger Behörden

Bekanntmachung der Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)	26
Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2021 des Zweckverbandes Abfallverwertung Südostbayern (ZAS)	46

<u>Nachrufe</u>	244, 339
------------------------------	----------

Sonstiges

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg	27, 47, 107, 205, 232, 250, 291, 328, 345
--------------------------------------------------------------	-------------------------------------------

Wasserbezugsordnung des Wasserbeschaffungsverbandes Gruppe Jarezöd über den Anschluss und über die Abgabe von Wasser an Mitglieder

Aufgrund § 15 Ziff. 5 der Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Gruppe Jarezöd vom 23. April 1964 wird folgende Wasserbezugsordnung erlassen:

§1

Wasserversorgung

1. Der Verband unterhält eine Wasserversorgungsanlage zu dem Zweck, seine Mitglieder mit Trink- und Gebrauchswasser zu versorgen und das für öffentliche Zwecke, insbesondere für Brandbekämpfung benötigte Wasser bereitzustellen.
2. Sofern durch eine Ausnahmegenehmigung des Vorstandes Nichtmitglieder mit Wasser versorgt werden, gilt für diese die gleiche Wasserbezugsordnung wie für die Mitglieder. Die Wasserbezugsgebühren hierfür können jedoch von Vorstand gesondert festgesetzt werden.
3. Der Vollzug der Wasserbezugsordnung obliegt dem Vorstand.
4. Die Festsetzung der erstmaligen Ausdehnung und späteren Erweiterung des Rohrnetzes unterliegt der Beschlussfassung des Vorstandes.

§ 2

Anschluss und Benutzungsrecht

1. Der Eigentümer eines Grundstückes das zum Verband gehört ist unter den Voraussetzungen des § 3 berechtigt, den Anschluss dieses Grundstückes an die Wasserleitung und die Belieferung mit Trink- und Gebrauchswasser zu verlangen.
2. Der Anschluss eines Grundstückes oder Anwesens an das Verbandsunternehmen (Zuweisung neuer Mitglieder bzw. Erweiterung der Mitgliedschaft) bedarf der Genehmigung des Landratsamtes Rosenheim als Aufsichtsbehörde (§ 13 der 1. Wasserverbandsverordnung vom 3.9.1937 - RGBl. I S. 933). Der Vorstand des Verbandsunternehmens ist vorher zu hören.

§ 3

Beschränkung des Anschlussrechts

Der Anschluss kann versagt werden, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstückes oder aus sonstigen technischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert. Die Entscheidung trifft das Landratsamt Rosenheim

nach vorheriger Anhörung des Vorstandes des Wasserbeschaffungsverbandes Gruppe Jarezöd und des Wasserwirtschaftsamtes Rosenheim (amtlicher Gewässersachverständiger).

§ 4

Abnehmer

1. Abnehmer im Sinne dieser Wasserbezugsordnung sind die Eigentümer derjenigen Grundstücke, die zum Verbandsunternehmen gezogen sind und die mit Wasser versorgt werden.
2. Bei Miteigentümern gilt jeder als Abnehmer und haftet als Gesamtschuldner für alle Verbindlichkeiten aus der Benutzung der Wasserleitung. Miteigentümer müssen dem Wasserbeschaffungsverband einen gemeinsamen Vertreter benennen, der zur Entgegennahme aller Mitteilungen bevollmächtigt ist.

§ 5

Hauptleitung

Hauptleitungen, sind die Hauptversorgungsleitungen mit Ausnahme der Hausanschlussleitungen.

§ 6

Bau der Hauptleitung

1. Die Hauptleitungen werden nach Vereinbarung mit den Grundstückseigentümern in öffentlichen- sowie in Privatgrundstücken verlegt. Die Benutzung von Privatgrundstücken hat jedes Mitglied, dessen Grundstück zum Verbandsunternehmen bezogen ist oder werden soll, zu dulden,
2. Die Hauptleitungen bleiben auch dann Eigentum des Verbandes, wenn sie auf Privatgrundstücke verlegt werden.

§ 7

Kosten der Hauptleitungen

Bau, Betrieb und Unterhalt der Hauptleitungen obliegen dem Wasserverband.

§ 8

Begriff der Hausanschlussleitungen

Die Hausanschlussleitung ist die Verbindung der Hauptleitung mit der Verbrauchsleitung eines Grundstückes einschließlich des Abzweiges und einer Absperrvorrichtung.

§ 9

Herstellung der Hausanschlussleitungen

1. Soweit Hausanschlussleitungen über Privatgrundstücke geführt werden, sind die Eigentümer verpflichtet, die Benutzung unentgeltlich zu dulden, sofern der Besitzer Wasserabnehmer ist.
2. Ort, Art (NW) und Zahl der Anschlussleitungen werden für ein Grundstück vom Vorstand bestimmt. Dabei sind neben den betrieblichen Gesichtspunkten des Verbandes auch die Interessen des Abnehmers zu berücksichtigen. Die Hausanschlussleitungen dürfen durch den Abnehmer oder dessen Beauftragten nur nach vorheriger Genehmigung durch den Verband errichtet werden.

§ 10

Kosten der Hausanschlussleitung

1. Die Kosten für den Bau der Hausanschlussleitung hatten zum Zeitpunkt der Errichtung des Versorgungsnetzes die Mitglieder gemeinsam zu tragen.
2. Bei später dazu gekommenen Abnehmern hat der Anschließer alle Kosten zu übernehmen, welche durch den Bau dieser Hausanschlussleitung entstehen.
3. Nach Fertigstellung und Abnahme durch den Verband gehen diese Hausanschlussleitungen in das Eigentum des Verbandes über. Die Unterhaltskosten trägt der Verband.

§ 11

Schutz der Haupt- und Hausanschlussleitungen

1. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, die auf seinen Grundstücken verlegten Leitungen und Einrichtungen vor Beschädigungen zu schützen.
2. Alle erkennbaren Mängel und Schäden sind unverzüglich dem Vorstand zu melden.
3. Grabarbeiten im Bereich des Leitungsnetzes sind vor Beginn dem Vorstand zu melden und erst nach dessen Genehmigung auszuführen.
4. Eine Überbauung der Haupt- und Hausanschlußleitungen ist nicht gestattet. Bei einer Bebauung von Grundstücken, in denen Hauptleitungen liegen, ist ein Sicherheitsabstand von 4,0 m einzuhalten; der in Ausnahmefällen auf 3,0 m verringert werden kann. Ob ein derartiger Ausnahmefall vorliegt, entscheidet der Vorstand des Verbandes.

§ 12

Änderung bestehender Hausanschlussleitungen

Änderungen an bestehenden Hausanschlussleitungen dürfen nur vom Wasserbeschaffungsverband durchgeführt werden.

§ 13

Kosten für Änderungen

1. Ist die Änderung an einer bestehenden Hausanschlußleitung durch den Abnehmer veranlasst (z.B. Um- oder Neubau, Verlegung des Hausanschlusses, Erhöhung des Wasserverbrauches u.ä.m) so hat dieser die dadurch entstehenden Kosten zu tragen.
2. In dringenden Fällen, insbesondere zur Abwendung von Schäden, ist der Wasserbeschaffungsverband berechtigt, Reparaturen und Änderungen an einer bestehenden Hausanschlussleitung ohne vorherige Benachrichtigung des Abnehmers durchzuführen.

§ 14

Wasserverbrauch

1. Der Wasserverbrauch wird durch den Zähler festgestellt.
2. Der Wasserbeschaffungsverband beschafft die Zähler auf seine Kosten. Der Zähler bleibt Eigentum des Verbandes.
Der Einbau des Zählers erfolgt auf Kosten der Mitglieder. Der Wasserzähler ist pfleglich zu behandeln, vor allem vor Frost zu schützen und in betriebssicherem Zustand zu erhalten. Der Einbau des Wasserzählers hat so zu erfolgen, dass er jederzeit ungehindert abgelesen werden kann.
3. Zur Feststellung des Wasserverbrauches, sowie zu Feststellungen hinsichtlich der Wasserversorgungsanlage, ist den Beauftragten des Wasserverbandes jederzeit die erforderliche Auskunft und Zutritt zu gewähren.

§ 15

Begriff der Verbrauchsleitung

Verbrauchsleitung ist die Leitung im Gebäude und die zu den außerhalb liegenden Verbrauchsstellen.

§ 16

Unterhalt der Verbrauchsleitung

1. Bau und Unterhalt der Verbrauchsleitung gehen zu Lasten des Wasserabnehmers.

2. Beauftragten des Wasserbeschaffungsverbandes ist zur Überprüfung der Verbrauchsleitung der Zutritt in sämtliche Räumlichkeiten jederzeit zu gestatten.
3. Alle Kosten, die durch eine nicht ordnungsgemäße Verbrauchsleitung dem Wasserbeschaffungsverband entstehen, hat der Abnehmer zu tragen.

§ 17

Anschlussantrag

Ein Antrag hat schriftlich mit Angabe der Plan-Nr. des Grundstückes zu erfolgen, wobei die Verbrauchsart bzw. der Verwendungszweck genau anzugeben ist.

§ 18

Genehmigung des Anschlussantrages

Mit den Arbeiten der Hausanschlussleitung darf durch den Abnehmer erst begonnen werden, wenn die schriftliche Genehmigung des Vorstandes vorliegt.

§ 19

Anschlussgebühren

1. Neuanschließer derzeit 2.045,00 € (ab 2005) sowie eine Preisanpassung von + 3% pro Jahr. Für die Dritte und jede weitere Wohneinheit werden 5,10 €/m² (ab 2005) berechnet sowie eine Preisanpassung von + 3% pro Jahr.
2. Nachanschließer: Unter Nachanschließer verstehen wir den Personenkreis, welcher bei der Gründung des Verbandes zur Mitgliedschaft aufgefordert wurde, diese jedoch seinerzeit ablehnte: 2.000,00 € und Nachzahlung der Grundgebühren ab Juli 1966, wie sie von den Mitgliedern bisher geleistet wurden.
3. Der Vorstand ist berechtigt, die Anschlussgebühren bei veränderter Wirtschaftslage neu festzulegen.

§ 20

Art und Umfang der Versorgungspflicht

1. Der Wasserverband ist verpflichtet, den Trink- und Gebrauchswasserbedarf des Abnehmers für das angeschlossene Grundstück nach Maßgabe dieser Wasserbezugsordnung zu decken. Wasserverschwendungen, insbesondere freilaufende Zapfstellen, sind untersagt.
2. Der Abnehmer ist verpflichtet, seinen gesamten Trink- und Gebrauchswasserbedarf aus der Leitung des Verbandes zu decken. Eigene Wasserversorgungsanlagen des Abnehmers sind im Zeitpunkt des Anschlusses an die Verbandsanlage außer Betrieb zu setzen. Der

Zusammenschluss der vom Wasserverband gespeisten Wasseranlage eines Abnehmers mit anderen Wasserversorgungsanlagen, sowie die Abgabe von Wasser durch einen Abnehmer an Dritte oder die Überleitung von Wasser auf Grundstücke, für die ein Anschluss nicht genehmigt ist, ist untersagt.

§ 21

Druck und Beschaffung des Wassers

1. Der Wasserbeschaffungsverband liefert gegen Entrichtung der satzungsgemäßen Gebühren Wasser von chemisch, bakteriologisch und hygienisch einwandfreier Beschaffenheit. Für einen gleichbleibenden Druck übernimmt der Wasserbeschaffungsverband keine Gewähr.
2. Der Wasserbeschaffungsverband stellt das Wasser zu jeder Tages- und Nachtzeit am Ende der Hausanschlussleitung zur Verfügung. Für die Weiterbeförderung des Wassers in der Verbrauchsanlage, insbesondere bei hochgelegenen Grundstücken, übernimmt der Wasserbeschaffungsverband keine Gewähr.

§ 22

Ruhen der Versorgungspflicht

Die Versorgungspflicht ruht im Falle höherer Gewalt, bei Wassermangel oder technischen oder wirtschaftlichen Umständen, die abzuwenden nicht in der Macht des Wasserbeschaffungsverbandes steht oder bei behördlichen Verfügungen, die die Gewinnung, Verteilung oder Zuführung des Wassers ganz oder teilweise hindern.

§ 23

Unterbrechung der Versorgungspflicht

Der Wasserbeschaffungsverband ist berechtigt, die Wasserversorgung zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten zu unterbrechen. Vor einer Unterbrechung der Wasserversorgung sind die Abnehmer rechtzeitig zu verständigen.

§ 24

Einschränkung der Versorgungspflicht im Einzelfall

Der Wasserbeschaffungsverband kann im Einzelfall die Belieferung eines Abnehmers ablehnen, mengenmäßig oder zeitlich beschränken oder vom Abschluss besonderer Vereinbarungen abhängig machen, wenn dies aus betrieblichen Gründen, insbesondere bei übermäßiger Beanspruchung des Versorgungsnetzes erforderlich ist. Die Einschränkung der Versorgungspflicht bedarf der Zustimmung des Landratsamtes Rosenheim.

§ 25

Bekanntgabe von Versorgungseinschränkungen

Wird die Wasserversorgung unterbrochen oder eingeschränkt, so hat der Wasserbeschaffungsverband dies vorher öffentlich bekanntzumachen oder im Einzelfall die betroffenen Abnehmer zu verständigen.

§ 26

Ersatzansprüche der Abnehmer

Der Wasserbeschaffungsverband ist in den Fällen des Ruhens, der Unterbrechung oder Einschränkung der Wasserversorgung oder einer Änderung des Druckes nicht verpflichtet, Gebührennachlass oder Schadenersatz zu leisten, wenn die Ursachen der vorgenannten Handlungen nicht auf den Wasserbeschaffungsverband zurückzuführen sind. Gebührennachlass oder Schadenersatz entfällt auch dann, wenn die Wasserlieferung gemäß § 35 der Wasserbezugsordnung eingestellt wird.

§ 27

Benutzung der Grundstücke des Abnehmers

Jeder Abnehmer, dessen Grundstück an die Wasserversorgung angeschlossen werden soll oder angeschlossen ist, ist verpflichtet, die Verlegung von Wasserleitungen, den Einbau von Schächten, Schieber, Hydranten, die Anbringung von Hinweisschildern und dgl. auf seinen Grundstücken und an seinen Gebäuden unentgeltlich zu dulden. Der betreffende Abnehmer ist vorher zu hören.

§ 28

Sorgfaltspflicht des Abnehmers

1. Anlagen des Wasserbeschaffungsverbandes, die durch Schuld des Grundstückseigentümers dem Forst oder sonstigen Beschädigungen ausgesetzt wurden, werden auf dessen Kosten repariert.
2. Setzungen oder Hebungen der Schieberkappen dürfen nur mit Genehmigung des Wasserbeschaffungsverbandes vorgenommen werden.
3. Sämtliche Anlagen des Wasserbeschaffungsverbandes, insbesondere Schieber, Hydranten und dgl., sind vom Abnehmer freizuhalten.

§ 29

Anzeigepflicht des Abnehmers

1. Der Abnehmer ist verpflichtet, Störungen und Schäden in der Anschlussleitung dem Wasserbeschaffungsverband unverzüglich anzuzeigen.
2. Ein Wechsel in der Person des Abnehmers ist dem Wasserbeschaffungsverband unverzüglich mitzuteilen.
3. Wesentliche Änderungen in der Verbrauchsleitung gegenüber den beim Antrag gemachten Angaben sind dem Wasserbeschaffungsverband vor der Ausführung anzuzeigen.

§ 30

Zahlungspflicht des Abnehmers

1. Der Abnehmer hat für den Anschluss an die Wasserversorgung, für die Bereitstellung und Lieferung von Wasser die Gebühren und Entgelte nach der Wasserbezugsordnung zu zahlen (siehe § 19 und 33).
2. Der Wasserbeschaffungsverband ist berechtigt, angemessene Vorauszahlungen zu verlangen.
3. Die Gebühren und Entgelte sind Bringschulden.

§ 31

Öffentliche Hydranten

Öffentliche Hydranten werden auf Kosten des Wasserverbandes errichtet und unterhalten.

§ 32

Wasserlieferung für den Feuerschutz

1. Für den Feuerschutz wird Wasser aus den öffentlichen Hydranten unentgeltlich abgegeben. Das gleiche gilt für Feuerwehrrübungen.
2. Für andere Zwecke darf Wasser aus den Hydranten nicht entnommen werden. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung des Vorstandes.

§ 33

Verbrauchsgebühren

1. Z. Zt. sind von der Vorstandschaft folgende Verbrauchsgebühren festgelegt:
Stand 01.01.2022

Monatliche Grundgebühr von 25,- € ergibt 300,- € / Jahr

Wasserzins je cbm 1,40 €

2. Der Vorstand ist berechtigt, die Verbrauchsgebühren entsprechend der Wirtschaftslage des Verbandes zu ändern.

§ 34

Zahlung der Gebühren

1. Verbrauchsgebühren lt. § 33 sofort in bar oder Scheck bei Vorlage der Rechnung durch den Kassier. Die Einhebung erfolgt 1 /4-jährlich.
2. Anschlussgebühren lt. § 19 sind spätestens innerhalb 3 Monate nach erfolgtem Anschluss bei der Commerzbank Rosenheim IBAN: DE 32 7114 0041 0183 5628 00 einzuzahlen. Der Vorstand kann jedoch bei Erteilung einer Anschlussgenehmigung andere Zahlungsbedingungen vereinbaren.
3. Einwendungen gegen die Richtigkeit einer Rechnung sind innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt schriftlich oder mündlich zu erheben. Sie berechtigen nicht zum Zahlungsaufschub oder zur Verweigerung.
4. Bei Zahlungsverzug von mehr als 14 Tagen erfolgt schriftliche Mahnung, wobei jeweils eine Gebühr von 10,- € erhoben wird. Nach 3-maliger fruchtloser Mahnung wird die Einbringung des überfälligen Betrages über den Rechtsweg veranlasst.

§ 35

Einstellung der Wasserlieferung

1. Der Wasserbeschaffungsverband ist berechtigt, die Wasserlieferung einzustellen, wenn der Abnehmer den Bestimmungen der Wasserabgabesatzung, den besonderen Versorgungsbedingungen im Einzelfalle oder sonstigen die Wasserversorgung betreffenden, nicht mehr anfechtbaren Anordnungen zuwiderhandelt. Soweit es sich nicht um unaufschiebbare Fälle handelt, ist die Einstellung der Wasserlieferung unter Setzung einer angemessenen Frist anzudrohen.

Als Zuwiderhandlungen gelten insbesondere:

- a) Zutrittsverweigerung gegenüber den mit Ausweis versehenen Beauftragten des Wasserbeschaffungsverbandes.
- b) unbefugte Änderungen an bestehenden Einrichtungen,
- c) Beschädigungen der dem Wasserbeschaffungsverband gehörenden Einrichtungen,
- d) Nichtausführung einer vom Wasserbeschaffungsverband zulässigerweise geforderten Änderung der Abnehmeranlage,
- e) die widerrechtliche Entnahme von Wasser,
- f) Nichtzahlung fälliger Rechnungen nach einmaliger Mahnung,
- g) Verweigerung geforderter Sicherheitsleistungen und Vorauszahlungen,

- h) störende Einwirkungen der Anlage des Abnehmers auf die Anlagen anderer Abnehmer oder der öffentlichen Versorgungseinrichtungen, soweit sie vom Abnehmer zu vertreten sind,
 - i) Nichteinhaltung der Verpflichtung, für alsbaldige
 - j) Wiederherstellung schadhafter Verbrauchsleitungen zu sorgen,
 - k) Nichtanzeige von Schäden an der Hausanschlussleitung, die der Abnehmer erkannt hat oder hätte erkennen müssen,
 - l) Verstoß gegen, die vom Wasserbeschaffungsverband angeordneten Verwendungsgebote und Verbrauchseinschränkungen,
 - m) Verweigerung der Benutzung eines Grundstückes nach § 27,
 - n) Abgabe von Wasser an andere Grundstücke ohne Zustimmung des Wasserbeschaffungsverbandes,
 - o) Zusammenschluss des Verbandswasserleitungsnetzes mit privateigenen Wasseranlagen,
 - p) die Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des § 20 Abs. 2.
2. Die vom Wasserbeschaffungsverband gem. Abs. 1 unterbrochene Versorgung wird nur nach völliger Beseitigung der Hindernisse und nach Erstattung der dem Wasserbeschaffungsverband entstandenen Kosten, Schäden oder Ausfälle wieder aufgenommen.
3. Der Wasserbeschaffungsverband ist ferner berechtigt, die Hausanschlussleitung eines Grundstückes zu verschließen, wenn länger als einem Jahr kein Wasser entnommen wurde. Wird ein Antrag auf Wiederaufnahme der Versorgung gestellt, so hat der Vorstand die Aufnahmebedingungen festzulegen.
4. Die Entfernung oder Beschädigung der vom Wasserbeschaffungsverband angelegten Plomben kann ebenso strafrechtlich verfolgt werden, wie die widerrechtliche Entnahme von Wasser.

§ 36

Inkrafttreten

Diese Wasserbezugsordnung tritt mit Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim zum 01.01.2022 in Kraft.

Mit Inkrafttreten dieser Wasserbezugsordnung tritt die Wasserbezugsordnung vom 06.04.1971 außer Kraft.

Höhensteiger

Franz Höhensteiger 1. Vorstand

